

## **Initiativantrag**

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten  
betreffend  
einen regelmäßigen Bericht über die Auswirkungen der Ostöffnung auf das  
oberösterreichische Sozialsystem**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, dem Oö. Landtag einen regelmäßigen Bericht über die Auswirkungen der Ostöffnung auf das Sozialsystem in Oberösterreich vorzulegen.

### **Begründung**

Seit 1. Jänner 2014 ist der österreichische Arbeitsmarkt auch für Menschen aus Bulgarien und Rumänien vollständig geöffnet. In diesen Ländern ist das Lohnniveau deutlich unter jenem in Österreich. Zudem sind die Sozialleistungen von geringerem Ausmaß.

Während Eltern in Österreich eine monatliche Familienbeihilfe von über hundert Euro für ein Kind bekommen, erhalten jene in Rumänien nicht einmal ein Zehntel dieses Betrags. Sämtliche Sozialleistungen, die einer Familie mit drei Kindern in Rumänien und Bulgarien zustehen, belaufen sich auf nur 150 Euro im Monat. Aufgrund dieser Umstände droht eine gezielte Einwanderung in das österreichische Sozialsystem.

Dass diese Befürchtung begründet ist, zeigt nicht zuletzt ein gemeinsamer Brief der Innenminister von Österreich, Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden an die EU-Kommission mit der Aufforderung, gegen den Sozialtourismus in Europa vorzugehen.

Um festzustellen, welche Sozialleistungen durch die zugewanderten EU-Bürger aus Bulgarien und Rumänien in Anspruch genommen werden und welche Auswirkungen die Ostöffnung auf unser Sozialsystem hat, soll als Grundlage für allfällige weitere politische Schritte dem Oö. Landtag ein regelmäßiger Bericht vorgelegt werden.

Linz, am 20. Jänner 2014

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Steinkellner, Povysil, Klinger, Wall, Cramer, Schießl, Lackner, Mahr, Nerat**